

Eurico Guterres verhaftet

Der Rebellenführer Eurico Guterres ist am 4. Oktober 2000 verhaftet worden und befindet sich zur Zeit im Polizeihauptquartier in Dili. Ihm wird vorgeworfen, in die Massaker des letzten Jahres verwickelt zu sein. Außerdem wird er beschuldigt, seinen Milizen angeordnet zu haben, sich der Entwaffnung durch die Polizei zu widersetzen. Im Falle einer Schuldigsprechung erwarten ihn sechs Jahre Haft. Außerdem werden weitere 22 Personen von indonesischen Staatsanwälten verdächtigt.

General Wiranto, der ehemalige indonesische Armeechef, beharrt auf seiner Aussage, dass sich 1999 nur einige wenige der Gewalt schuldig gemacht hätten und diese gehörten auch bestraft. Alle anderen Versionen seien ordinäre Lügen.

Die UN will die Täter im neu eingerichteten Osttimor-Gerichtshof aburteilen lassen.
vgl. AP, 4., 11., 24. 10. 2000

Untersuchung der Atambua-Morde an UN-Mitarbeitern

Auf die Rufe nach Aufklärung der Morde an den UN-Mitarbeitern reagierte die indonesische Regierung bisher mit der Verhaftung von sechs Personen, während die Forderungen seitens der Indonesischen Menschenrechtskommission nach einer umfassenden Untersuchung ungehört verhallten.

Nun endlich soll ein Spezialteam unter Leitung des UNHCR-Inspektors General Nicholas Morris die Morde an den drei UNO-Mitgliedern untersuchen. Als Auslöser für das Massaker gilt die Ermordung des Ex-Militär-Führers Olivio Moruk am Tag zuvor. Es besteht der Verdacht, dass Elemente des indonesischen Militärs in beide Vorfälle verstrickt sind.

vgl. Jarkarta Post, 27. 10. 2000

Flüchtlinge in westtimoresischen Lagern können zurück

Die über 100.000 osttimoresischen Flüchtlinge in den Lagern im westtimoresischen Grenzgebiet sollen die Möglichkeit bekommen, nach Osttimor zurückzugehen oder sich in Indonesien anzusiedeln. Ihre Entscheidung soll mit Hilfe eines Fragebogens registriert werden. Eine UN-Delegation soll den Registrierungsprozess überwachen.

Der internationale Druck auf Jakarta, das Flüchtlingsproblem zu lösen, hat seit der Ermordung dreier UNO-Mitarbeiter durch pro-indonesische Milizen im September 2000 zugenommen.

Human Rights Watch ruft zu Spenden auf, um die Repatriierung zu unterstützen und fordert eine transparente Registrierungsprozedur gemäß der Richtlinien der UN-Flüchtlingskommission. Die Flüchtlinge müssen ohne Druck und Beeinflussung ihre Wünsche äußern können.

Folgende Sicherheitsmaßnahmen werden von Human Rights Watch gefordert:

- Die Flüchtlinge müssen ausreichend über ihre Möglichkeiten aufgeklärt werden.
- Die Erstellung eines einfachen aber neutralen Fragebogens, um herauszufinden, ob die Flüchtlinge nach Osttimor zurückkehren oder in Indonesien siedeln wollen. Die Transparenz der Prozedur soll dadurch gewährleistet werden, dass unparteiische Organisationen, wie internationale Menschenrechtsgruppen, lokale kirchliche und Nichtregierungsorganisationen (NGO) sowie die UN mit einbezogen werden.
- Die Methode der Befragung muss öffentlich gemacht werden, so z.B., ob alle Erwachsenen oder nur Familienoberhäupter befragt werden.
- Ein Verbot der Einbeziehung von politischen Organisationen wie der Union of Timorese Warriors (UNTAS), die dem Prozess schaden könnten.

Von der UN-Interimsregierung (UNTAET) wird ein Punktekatalog gefordert, der die Flüchtlinge über die Konsequenzen ihrer Entscheidungen informiert.

Dieser muss sicherstellen, mit welcher Unterstützung die Rückkehrer rechnen können, wie lange sie beispielsweise in Übergangscamps bleiben müssen, welche Hilfe es gibt, wenn Probleme auftauchen und welche politischen Rechte sie haben. Auch müssen hier die Ansprüche auf Gerechtigkeit und Entschädigung geregelt werden, die durch die Gewalt der pro-indonesischen Milizen in den Lagern entstanden.

Zum Hintergrund ist zu sagen, dass das indonesische Militär und die Polizei selbstgebaute Waffen in einigen Hauptcamps gefunden und konfisziert haben. Obwohl selbst indonesische Militärführer davon wussten, hat es keine Untersuchungen diesbezüglich gegeben. Auch hat es mehrere Versuche von bewaffneten Milizen gegeben, in Osttimor einzudringen.

Die indonesische Regierung ist auch weiterhin blind dafür, dass die UNTAS, eine im Januar 2000 von Militär-Führern gegründete Organisation, nicht legitimiert ist, für alle osttimoresischen Flüchtlinge zu sprechen. Indonesische Beamte haben die UNTAS schnell als offizielle Repräsentanten der Osttimoresen in Westtimor anerkannt, während deren Mitglieder die Menschen daran gehindert haben, ihr Recht auf Rückkehr nach Osttimor in Anspruch zu nehmen.

Der indonesische Außenminister, Alwi Sihihab, sagte am 23. Oktober 2000 in Jakarta, dass die USA und die Europäische Union versprochen hätten, 40 Millionen US-Dollar zu zahlen, um das Flüchtlingsproblem zu lösen. Er dementierte Gerüchte, dass die Hilfe nur in Form eines Kredits gewährt wird.

Die Repatriierung der Flüchtlinge soll per Flugzeug vorstatten gehen, da der Landweg aufgrund der bewaffneten Milizen zu gefährlich sei, so UN-General-Major Kiki.

vgl. Human Rights Watch,
24. 10. 2000; Tempo Interaktif,
23. 10. 2000

nachrichten

Internationales Tribunal gefordert

Irianto Subiako, Direktor des Legal Aid Institute (LBH) in Jakarta, sagte, dass ein Internationales Tribunal zur Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen in Osttimor die einzige Hoffnung auf Gerechtigkeit sei. Bis heute hätte die indonesische Gesetzgebung keine Möglichkeit, diese Verbrechen zu ahnden und nur ein Tribunal würde dem Bestreben gerecht, die Menschenrechte zu respektieren und vor der Internationalen Gemeinschaft nicht als unfähig dazustehen.

vgl. tapol@gn.apc.org,
30. 10. 2000

— Anzeige —

weed wird **10**

Seit 1990 bringen wir Bewegung
in die Nord-Süd-Politik

weed will die negativen Folgen der Globalisierung nicht hinnehmen, sondern setzt sich für eine Wende der internationalen Finanz- und Umweltpolitik ein – hin zu mehr internationaler Gerechtigkeit und ökologischer Tragfähigkeit.

Dazu brauchen wir Ihre Unterstützung!

weed bringt Bewegung in die Köpfe und in die Strukturen.

weed bewegt



weed

weed · Bertha-von-Suttner-Platz 13
53111 Bonn · Tel. 02 28 - 76 61 3-0
Fax 02 28 - 69 64 70 · Kto. 947 466
Sparda-Bank Köln · BLZ 370 605 90